

Fraktion B'90/DIE GRÜNEN Mörfelden-Walldorf

Presseerklärung zum Forum Flughafen und Region (FFR)

"FFR dient dem Ausbau statt der Mitsprache"

Die CDU-geführte hess. Landesregierung hat die Einrichtung einer Nachfolgestruktur für das Regionale Dialogforum (RDF) mit den drei Säulen

- Expertengremium Aktiver Schallschutz
- Konvent
- Umwelthaus

beschlossen. Geleitet werden soll das FFR durch ein Vorsitzgremium und einen Koordinierungsrat.

B'90/DIE GRÜNEN sehen in der neuen Struktur – nach Mediation und RDF - eine weitere Fortsetzung des Versuchs, den Flughafenausbau und die Interessen der Luftfahrt gegenüber der betroffenen Bevölkerung des Rhein-Main-Gebietes durchzusetzen.

Schöne Worte wie „Nachtflugverbot“, „Intensivierung des Dialogs“, „Anti-Lärm-Pakt“ oder „Umwelthaus“ sollen die betroffenen Anwohner beruhigen und die öffentliche Meinung beeinflussen. Die negativen Auswirkungen des Flugverkehrs werden dadurch gleichzeitig verschleiert.

Unsere Kritikpunkte am FFR im Einzelnen:

- Vorsitz und Koordinierungsrat des FFR sind fest in der Hand der Luftfahrtvertreter und Ausbaubefürworter, die Vertreter der Kommunen sind als Feigenblatt anzusehen.
- Die Landesregierung hat massiven Einfluß auf Vorsitz und Koordinierungsrat, ausbaukritische Stimmen sind hier offensichtlich unerwünscht.
- Die Zusammensetzung des Konvents ist völlig unklar (wieviele Vertreter von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen sind zugelassen?)
- Entscheidungsbefugnis des Konvents ist nicht definiert
- Die Zusammensetzung des Expertengremiums Aktiver Schallschutz ist völlig unklar und wird massiv von der Luftfahrtseite bestimmt.
- Fluglärmkommission nur „beratend“ beteiligt
- Benennung „Umwelthaus“ ist scheinheilig und irreführend, richtiger wäre wohl „Fluglärmbeschwerdestelle“.
- Die Teilnehmer am FFR sind nicht demokratisch legitimiert, sondern werden von der von der Staatskanzlei berufen.

Das aus dem RDF entwickelte Konzept des FFR kann nur dann zu einer geeigneten Grundlage für den Dialog mit der Region werden, wenn die betroffenen Menschen sich innerhalb der Organisationsstruktur vertreten und ernst genommen fühlen. Eine solche Institution kann ihre Aufgaben somit nur erfüllen, wenn auch kritische Positionen zum Ausbau des Flughafens und zu den Belastungen durch den Flugverkehr institutionell ebenso einbezogen werden wie die Interessen der Luftverkehrswirtschaft. Demgemäß ist neben den betroffenen Kommunen eine Beteiligung der Bürgerinitiativen und Umweltverbänden unbedingt erforderlich. Zur Sicherstellung eines fairen Dialogs sind sämtliche Gremien paritätisch zu besetzen. Die Mitwirkung zuständiger Behörden und ergänzendes Fachwissen sind durch beratende Mitgliedschaften einzubeziehen ebenso wie die Anbindung der Landespolitik (Landesregierung und Landtag).

B'90/DIE GRÜNEN fordern daher:

- Beteiligung von Bürgerinitiativen und Naturschutz- und Umweltverbänden ("NGOs") an Vorsitz und Koordinierungsrat
- Paritätisch besetzter Vorsitz und Koordinierungsrat
- Paritätisch besetztes Expertengremium Aktiver Schallschutz
- Einbeziehung von Vertretern der BI aus allen betroffenen Kommunen im Konvent
- Definition der Entscheidungsbefugnisse des Konvents

Der Vorsitzende der DLR, des Lobbyverbandes der dt. Luft- und Raumfahrt, Manfred Wörner, sollte seine unwürdige Rolle als angeblich 'neutraler' FFR-Vorsitzender erst gar nicht antreten. Wörner arbeitete bisher stets im Sinne von Ministerpräsident Roland Koch.

Für Rückfragen: Tel. 06105/6930, Fax 06105/74271, email aw@gruene-mw.de